

Ingo Schmidt

Kurze Geschichte der Preis-Profit-Inflation

Inflation ist in aller Munde. Die Medien liefern den notwendigen Gesprächsstoff. In unzähligen Beiträgen werden die Inflationstreiber vorgeführt: Zentralbanker, Gewerkschaften, Russen und Chinesen. Und gewarnt: Wird denen nicht bald das Handwerk gelegt, würde die Inflation die Realwirtschaft abwürgen. Wie in den 1970er Jahren käme es zu Stagnation plus Inflation, kurz: Stagflation. Mit Empirie und Logik nehmen es diese Beiträge nicht so genau. Auch die historischen Vergleiche sind schief.

Der als Reaktion auf die Stagflation der 1970er Jahre erfolgte Umbau von Produktion und Logistik samt Umverteilung von unten nach oben haben einen neoliberalen Kapitalismus geschaffen, der sich von dem Sozialstaatskapitalismus der vorangegangenen Jahrzehnte grundlegend unterscheidet. Es ist immer noch Kapitalismus, es geht immer noch um Profit. Aber die Formen, in denen Profit erwirtschaftet wird, haben sich seither gewandelt, haben aber längst ihre Grenzen erreicht. Es wird noch Profit gemacht. Gernade die Inflation ist ein glänzendes Geschäft. Aber auch eine Art Schlussverkauf. Ein überstrapaziertes Geschäftsmodell mit selbstzerstörerischen Tendenzen. Davon ist in den Medien nicht die Rede. Denn: Schuld sind immer die anderen.

Kritisch gewendet, sind die Medienberichte zum Thema Inflation kleine Lehrstücke, die zeigen wie die Interessen der Geschäftswelt als allgemeine Interessen dargestellt werden, die Verfolgung dieser Interessen, beispielsweise Preiserhöhungen als bequemes Mittel der Profitsteigerung, aber aus dem Blickfeld verschwindet. Historische Vergleiche mit der Stagflation der 1970er Jahre, so schief sie sind, bieten einen guten Ausgangspunkt, um zu verstehen, weshalb die damals ergriffenen Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung Jahrzehnte später ihren Teil zum Auftauchen ähnlicher Krisensymptome beigetragen haben.

Geschichten über böse Zentralbanker, Gewerkschafter und fremde Mächte

Zentralbanker stehen ganz oben auf der List der Inflationstreiber. Eine Ausweitung des Geldumlaufes über das Wachstum der Produktionskapazitäten hinaus würde unweigerlich zu Preissteigerungen führen. Der amerikanische Zentralbankchef Jerome Powell habe seine Fehler inzwischen eingesehen und sei mittlerweile auf eine restriktive Geldpolitik umgeschwenkt. Zu spät aber wenigstens energisch. Im Gegensatz zu seiner EZB-Kollegin Christine Lagarde, die mit Rücksicht auf ausufernde Staatsschulden der Mittelmeeranrainer angeblich notwendige Zinssteigerungen und das Ende Anleihekäufen durch die EZB verzögerte. Kein Wort davon, dass die Weltwirtschaftskrise 2008 zu einer Depression geworden wäre, hätten die Zentralbanken nicht mit einer super lockeren Geldpolitik gegengesteuert. Auch kein Wort dazu, weshalb der Geldumlauf über ein Jahrzehnt stark zunehmen konnte, die Preise aber kaum stiegen, mitunter sogar zurückgingen. Der theoretisch behauptete Zusammenhang von steigender Geldmenge und Inflation wurde in den Jahren nach 2008 empirisch widerlegt. Erst seit dem Sommer 2020, nach Ende der ersten Corona-Lockdowns, kommt es zu anhaltenden Preissteigerungen.

Ebenfalls der Inflationstreiberei schuldig: Gewerkschaften mit ihren stets überzogenen Lohnsteigerungen. Sie zwingen Unternehmen zu Preiserhöhungen. Die reale Kaufkraft der gerade gestiegenen Löhne bleibt gleich aber uneinsichtige Gewerkschaften werden sicher weitere Lohnerhöhungen fordern und die Lohn-Preis-Spirale am Laufen halten. Kein Wort davon, dass die Preise in den letzten Jahrzehnten auch bei niedrigen Infla-

tionsraten stärker als die Löhne gestiegen sind. Auch kein Wort dazu, dass die Preise in den letzten zwei Jahren den Löhnen geradezu davongelaufen sind. Selbst wenn die Forderungen, mit denen Gewerkschaften in gerade in ihre Tarifverhandlungen gehen, zu 100 Prozent erfüllt würden, würden die zuvor erlittenen Reallohnverluste nicht ausgeglichen. Die Theorie der Lohn-Preis-Spirale wurde jüngst durch die empirische Realität einer Preis-Profit-Spirale widerlegt. Wenngleich man hinzufügen muss, dass die steigenden Gewinne sehr ungleichmäßig zwischen verschiedenen Unternehmen verteilt werden. Unternehmen, die nichts abbekommen, werden in den Medien oft präsentiert – als Opfer unzumutbarer Kostensteigerungen. Unternehmen, die satte Gewinne einfahren, werden selten bis gar nicht erwähnt.

Und dann sind da noch die fremden Mächte. Unfähig oder unwillig den Spielregeln des liberalen Welthandels zu folgen, drehen sie, wie Russland, den Gashahn zu oder schicken, wie China, bei jedem kleinen Corona-Ausbruch ganze Städte oder Regionen in den Lockdown. Unterbrochene Lieferketten verringern die angebotene Menge der jeweils betroffenen Güter und sorgen für Unsicherheit in Sachen zukünftiger Verfügbarkeit. Eine günstige Gelegenheit, aktuell verfügbare Mengen zu höheren Preisen zu verkaufen und auf weitere Preissteigerungen zu spekulieren. Von diesen Krisengewinnen des Handelskapitals ist in den Medien wenig zu hören. Auch die Tatsache, dass die Energiepreise bereits vor dem Ukraine-Krieg gestiegen sind und zwischen Weltwirtschaftskrise 2008 und Corona-Rezession 2020 zeitweise deutlich höher waren als nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, bleibt zumeist unerwähnt. Es wird auch nicht gefragt, weshalb sich westliche Regierungen, die russische Öl- und Gasimporte stoppen wollen, beschweren, wenn ihnen die russische Regierung in dieser Hinsicht entgegenkommt. Oder weshalb Lockdowns in China schlecht sind, nachdem sie eine Zeitlang im Westen als notwendig galten und auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden können. Oder ob die Lieferketten, die westliche und chinesische Ökonomien verbinden, vor Corona wirklich reibungslos funktionierten und nicht infolge von Sanktionen und Zölle bereits brüchig waren.

Dies sind nur einige der Facetten, die zum Verständnis der aktuellen Inflation beitragen könnten, in den Medien aber hinter Geschichten über böse Zentralbanker, Gewerkschafter und fremde, und daher unheimliche und bedrohliche, Mächte verschwinden. Die Unternehmen, die an der Inflation kräftig verdienen bzw. diese selbst antreiben, tauchen in der Gemeinschaft der Guten, der Bürgerinnen und Bürger der westlichen, sich selbst als liberal identifizierenden Welt unter, als gäbe es nicht auch in dieser Welt Klassenunterschiede und andere Formen sozialer Ausgrenzung.

Geschichte wiederholt sich – aber jedes Mal anders

Neben der Beschwörung der westlichen Wertegemeinschaft gehört auch die Anrufung der Geschichte zur Mobilisierung im Kampf gegen die Inflation, gegen den Wertverlust des Geldes. In Sachen Geldpolitik scheinen die Parallelen klar: Nach einer Zeit laxer Geldpolitik, die Regierungen, Privathaushalte und sogar manche Unternehmen zu verschwenderischen Ausgaben angeregt hat, übernimmt die amerikanische Zentralbank die Führung im Kampf gegen die Inflation. Für die USA geht es schließlich nicht nur um Kaufkraftverluste im eigenen Land, sondern auch die Rolle des Dollar als internationale Leitwährung. Andere Zentralbanken schließen sich dem Kampf gegen die Inflation an. Nicht zuletzt, um die Wechselkurse ihrer eigenen Währung halbwegs stabil zu halten.

Aber der Charakter der Inflation hat sich dramatisch gewandelt. In den 1970er Jahren waren die Gewerkschaften stark genug, die Reallöhne gegen steigende Preise zu verteidigen. Mehr oder minder dem Wachstum der Arbeitsproduktivität folgend, stiegen die

Reallöhne sogar. Dem Bestreben von Unternehmen ihre Profite mittels steigender Preise zu erhöhen, konnten sie eine, in den Worten der britischen Ökonomin Joan Robinson, Reallohnbarriere errichten.

Diese zu überwinden war das erklärte Ziel der monetaristischen Wende. Hohe Zinsen sollten eine Rezession auslösen, Massenarbeitslosigkeit verursachen und die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften brechen. Um zu verhindern, dass steigende Beschäftigung im nächsten Aufschwung die Gewerkschaften wieder stärken würde, begannen Unternehmen mit einem grundlegenden Umbau von Produktion und Logistik. Arbeitssparende Technologien wurden eingeführt, Unternehmensteile ausgegliedert und Produktionsabschnitte verlagert. Durch die Einfuhr billiger Fertigwaren aus Ländern des Südens wurde der Angriff auf Löhne und Sozialstaaten im Norden abgefedert. Dafür stiegen die Kosten für Ausbildung, medizinische Versorgung und Wohnen. Langsam genug, um sich in den Inflationsraten, die jährliche Veränderungen ausweisen, nicht niederzuschlagen. Aber stetig genug, um die Kaufkraft der Löhne trotz importierter Billigwaren erheblich zu senken und die Profite des international agierenden Kapitals zu steigern.

Ein Teil dieser Profite floss in den Bau von Anlagen, Gebäuden und Infrastruktur, ein anderer wurde zum Kauf von Wertpapieren verwandt. Wertpapierinflation war die Folge. Um einen Dollar oder Euro Gewinn zu machen, mussten immer mehr Dollars oder Euros zum Kauf von Wertpapieren ausgegeben werden. Solange steigende Preise für diese Papiere als Ausdruck steigender Vermögen angesehen wurden, konnten weitere Finanzanlagen über Kredite finanziert werden. Die Börsenkurs-Verschuldungs-Spirale drehte sich immer schneller. Finanzkrisen in der Peripherie öffneten neue Märkte für Kapital aus den Zentren. Die vom amerikanischen Immobilienmarkt und Wall Street ausgehende Krise 2008 markierte das Ende des neoliberalen Geschäftsmodells. Nur durch den vollständigen Bruch mit den monetaristischen Prinzipien, die diesem Modell den Weg gebahnt hatten, konnte die Krise eingedämmt werden. Die Flutung der Finanzmärkte mit Gratisgeld von der Zentralbank wurde zur Überlebensfrage des Kapitalismus.

Aber die Krise hatte auch einen Grundwiderspruch des Kapitalismus in seiner neoliberalen Form deutlich werden lassen: Ausweitung und Beschleunigung der Umsätze an den Finanzmärkten standen dem Bedeutungszuwachs von Immobilien, Infrastruktur, Rohstoffen und Agrarproduktion gegenüber. Der neoliberalen Umbau von Produktion und Logistik hatte die Verwertungsbedingungen des industriellen Kapitals erheblich verbessert. Aber Grundrente und Zins stellten immer größere Ansprüche an den zur Verteilung stehenden Mehrwert. In den 1970er Jahren wurde den Gewerkschaften vorgeworfen, das Kapital in all seinen Anlageformen in eine Profitklemme zu treiben, der es durch Preissteigerungen zu entkommen versuche. Eine deutliche Übertreibung der Gewerkschaftsmacht in jener Zeit. Dafür haben Grundbesitz und Finanzvermögen mit ihren Grundrenten und Zinsansprüchen das industrielle Kapital in der Folgezeit in eine Profitklemme getrieben. Der konnte es längere Zeit durch weiteren Druck auf die Löhne entkommen. Seit der Krise 2008 brüchig gewordene Lieferketten öffneten einen weiteren Ausweg: Die Preis-Profit-Inflation. Schnell noch Mal absahnen, bevor der Kampf gegen die Inflation die nächste Rezession auslöst.